

„Die Stimme“

Organ des Gewerkschaftsvereins der
Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Abonnementpreis pro Monat 50 Pf.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin NO, 65, Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Stimme“ an F. Barnholt, Ulm a. D., Karlsstr. 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren
Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 65, Greifswalder Straße 222
Sämtliche Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 65, Greifswalder Straße 222
Postfachkonto 89221 beim Postfachamt Berlin NW 7, Telefon Berlin Alexander 4719

Anzeigen die 4spaltige Beilage
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Weihnachten!

Ein Wort, das bei Jung und Alt, bei Klein und Groß, eine freudige Stimmung auslöst. Jeder freut sich auf das Fest der Liebe. Es ist der Tag, an dem man sich noch durch kleine Geschenke gegenseitig die Freude zu erhöhen sucht. Besonders unsere Kleinen sind es, die geheimnisvoll miteinander wispern, was das Christkind, der Weihnachtsmann wohl bringen wird. Täglich wird ihr Sehnen nach dem Weihnachtsabend an den fragenden Blicken nach den Eltern und der gesteigerten Erregung mehr bemerkbar. Sie können es kaum erwarten, bis sie all die Herrlichkeiten, den geduckten, althernden und leuchtenden Weihnachtsbaum und die von den Eltern und Vätern gespendeten Weihnachtsgeschenke erblicken. Sind doch ellenlange Weihnachtsbriefe mit all den Wünschen eines unschuldigen Kinderherzens geschrieben worden. Welchen Wunsch wird der Weihnachtsmann berücksichtigen? Diese Frage verfolgt das Kindergemüt selbst im Traume.

Endlich rückt der Weihnachtsabend heran. Staunend stehen die Kinder vor dem kerzenstrahlenden Tannenbaum und betrachten die Geschenke. Jetzt erst bricht der Bann, der tage- ja wochenlang sie gefangen hielt und ein Jubel bricht los, der Eltern und Erwachsene mit sich reißt. An diesem Abend erinnern auch sie sich ihrer Kinderjahre, für kurze Zeit vergessen sie all die Sorgen, die auf ihnen lasten, reich und biegsam wird das Gemüt und sie fühlen und freuen sich mit den Kindern.

Auch in der ärmlichen Wohnung des Arbeiters, gleich wie in den Palästen der Reichen, ist in dem Kampf um des Lebens Dasein auf kurze Zeit ein Waffenstillstand eingetreten und das Wort „Friede den Menschen auf Erden“ scheint Wahrheit geworden zu sein. Doch nicht lange dauert es, und der Ernst des Lebens tritt wieder hart an sie heran. Das Gemüt, das vor wenigen Stunden noch so friedlich und froh war, umdüstert sich wieder und die Gedanken konzentrieren sich auf all das Ungemach, die Ungerechtigkeiten und den Druck, der auf ihnen lastet. Der Friede, der auf Momente in die Herzen eingekehrt war, verschwindet, und tiefer Groll tritt wieder an seine Stelle, wenn der Arbeiter fühlt, daß er seinen Kindern nicht das bieten kann, was er so gerne tun möchte. Sind doch die Wehen der Krise noch nicht verschmerzt, Wunden werden zum Teil wieder neu aufgerissen. Dazu ist noch durch eine unglückliche Steuer- und Zollgesetzgebung ein Teil wichtiger Konsumartikel verteuert worden, die das Haushaltsbudget noch weiter belasten. Der notwendige Ausgleich in der Entlohnung ist nicht erfolgt, Arbeitslosigkeit, Streik- und Aussperrungen sind tägliche Begleitererscheinungen gewesen, die Willkür der Schwerindustrie kennt keine Grenzen. Wo es gilt die Machtgelüste zu befriedigen, scheut man sich nicht, Hunderttausende von Familienvätern wochenlang auf das Straßpflaster zu setzen.

Die Schwerindustrie holt erneut zu einem wuchtigen Schlage aus. Um gegen Gesetz und Verordnung eine verlängerte Arbeitszeit durchzudrücken, will man eine Reihe wichtiger Betriebe stilllegen und damit Tausende von Arbeitern mit ihren Familien brotlos machen. Ist es da möglich, an die Verkündung „Friede allen Menschen auf Erden“ zu glauben?

„Niemand will dem Arbeiter helfen!“ rufen Hunderttausende aus. Doch auch hier gibt es noch Mittel und Wege, den Unterdrückten ein gebieterisches Halt zuzurufen, wenn die Arbeiter nur begreifen wollen.

Die Organisation ist das einzige Mittel, mit dem auch geholfen werden kann. Seht ihr denn nicht, wie die Unternehmer in ihren Verbänden zusammenhalten. Streikversicherungskassen gründen? Durch diese geeinte Kraft sind nur sie imstande die Arbeiter niederzuhalten. Wollen wir da nicht ihrem Beispiele folgen und uns zusammenschließen in den Deutschen Gewerkschaften. Erst dann wird für uns eine bessere Zeit anbrechen, damit auch wir ausruhen können:

Fröhliche Weihnachten!

Die Schwerindustrie geht aufs Ganze!

Nach einem Beschluß der deutschen Schwerindustrie soll anscheinend die gesamte Schlüsselindustrie der deutschen Wirtschaft lahmgelegt werden. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrie erläßt folgende Mitteilung:

Nachdem die Gewerkschaften auf ihren außerordentlich hohen Forderungen für Durchführung des schematischen Achtstundentages, strikter Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 bei vollem Lohnausgleich sowie außerdem einer allgemeinen sehr weitgehenden Lohnerhöhung verharren, und die bisher geführten Verhandlungen aus diesem Grunde zu keinem Ergebnis geführt haben, haben sich die Werke der westlichen Großeisenindustrie gezwungen gesehen,

bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstilllegungsanzeige zum 1. Januar 1928 einzureichen.

Diese Anzeige soll es den Werken ermöglichen, ihre Betriebe unter Vermeidung eines Arbeitskampfes zum 1. Januar 1928 aus wirtschaftlichen Gründen zu schließen. Im Hinblick auf die mit Sicherheit zu erwartenden Rückwirkungen auf die anderen Bezirke haben sich die übrigen Hüttenwerke Deutschlands diesem Vorgehen angeschlossen.

Im Namen der Werke der deutschen Großeisenindustrie hat Herr Ernst Poensgen dem Herrn Reichsarbeitsminister die Stilllegungsdrohung mit nachfolgendem Schreiben vom 2. Dezember 1927 bekanntgegeben:

„Sehr verehrter Herr Minister!

Ich halte es für meine Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Werke, welche Ihnen gemeinsam die Eingabe vom 26. Oktober 1927 überreicht haben, sich gezwungen gesehen, einen Schritt zu tun, der hoffentlich nur vorbeugend zu sein braucht, und den sie gern vermieden hätten.

Die Gewerkschaften bestehen nicht nur auf der strikten Durchführung der Verordnung vom 16. Juli bei vollem Lohnausgleich sowie einer ganz ungewöhnlich hohen allgemeinen Lohnerhöhung, sie verlangen vielmehr überdies noch vom 1. Januar 1928 die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenverarbeitende Industrie.

Auf Grund dieser Sachlage sehen sich die Werke gezwungen, den zuständigen Regierungsstellen zum 3. Dezember die gemäß der Stilllegungsverordnung erforderliche Anzeige zugehen zu lassen, um in der Lage zu sein, ihre Betriebe am 1. Januar 1928 stillzulegen. Dieser Entschluß ist ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den wir in vollem Bewußtsein der großen auf uns ruhenden Verantwortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeitskampf mit seiner schweren Schädigung für Staat und Wirtschaft zu vermeiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez: Ernst Poensgen.

Den Führern der drei Gewerkschaftsrichtungen in Rheinland-Westfalen ist Abschrift dieses Schreibens an den Herrn Reichsarbeitsminister mit folgendem Anschreiben übersandt worden:

„Nachdem zu unserem Bedauern auch die heutige Verhandlung keinerlei Klärung über die gemeinsame Stellungnahme der drei Gewerkschaften und keinerlei Verminderung ihrer Forderungen gebracht ist und nach dem gemäß den Ihnen von uns vorgelegten Berechnungen auch in dem günstigsten Falle sich Belastungen für unsere Werke

ergeben, die uns vor wirtschaftliche Unmöglichkeiten stellen, haben wir uns zu einem Schritte entschließen müssen, über den Sie Näheres aus dem in Abschrift beigefügten Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister vom heutigen Abend erfahren wollen“.

Welches sind nun die Ursachen dieser Kampfanlage? Der Kampf der Unternehmer richtet sich in der Hauptsache um die Beseitigung einer Verordnung, welche in Bezug der Arbeitszeit, zum Schutze von Leben und Gesundheit der einzigen Arbeiter, welche mit besonders anstrengender, gesundheitschädlicher Arbeit beschäftigt werden, seitens der Regierung erlassen worden ist.

Die Frage der Arbeitszeit in der Hütten- und Walzwerkindustrie war wegen der Gesundheitsgefährlichkeit immer eine heißumstrittene. Infolge der vielen Mißbräuche erließ der Bundesrat bereits am 1. April 1909 eine Verordnung, die unter andern bestimmte, daß über die Dauer der täglichen Arbeitszeit und der geleisteten Ueberstunden ein besonderes Verzeichnis zu führen sei, das am Schlusse eines jeden Monats der zuständigen Ortsbehörde zur Kontrolle übermittelt werden mußte. Des Weiteren wurde bestimmt, daß in allen Schichten, die länger als acht Stunden dauern, Pausen von einer Gesamtdauer von mindestens zwei Stunden zu gewähren seien. In der Praxis stand diese Verordnung nur auf dem Papier, in fast allen Feuerbetrieben der Hüttenindustrie ist mit Schichten von je zwölf Stunden gearbeitet worden. Nach dem Kriege wurde dann die achtstündige Arbeitszeit und damit zugleich die dreigeteilte Schicht eingeführt. Diese Schichteneinteilung blieb bis zur Aufhebung des passiven Widerstandes im Reich der nordwestlichen Gruppe bestehen. Als es sich darum handelte, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, vereinbarten unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums die drei Metallarbeiterorganisationen mit dem Arbeitgeberverband für Nordwest die Bestimmung, daß zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft für die Eisen schaffende und verarbeitende Industrie die Arbeitszeit vorübergehend anders als bisher festgelegt wurde. Es wurde vereinbart, daß für die Zeit vom 17. Dezember 1923 bis 1. Juli 1924 in den Betrieben der Eisen und Stahl schaffenden Industrie in sechs Wochentagen die normale Arbeitszeit 34 Stunden betragen soll. Für die Bezahlung wurde die tägliche zehnstündige Arbeitszeit zugrunde gelegt. Außerdem sollte unerschöpflich geprüft werden, für welche Schwerarbeiter der Hochöfen-, Stahl-, Hammer- und Walzwerke, sowie Abhängerarbeiten Erleichterungen erforderlich sind. Insbesondere kamen solche Arbeiter in Frage, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten und damit in außerordentlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub, Gasen und dergleichen ausgesetzt sind. Diese Erleichterungen sollten in der Verteilung von Ueberstunden erfolgen, so daß die Arbeitszeit nicht über 54 Stunden betragen sollte.

Die Arbeiter sind in Wirklichkeit bis auf den heutigen Tag zwölf Stunden im Betriebe, denn es wird in zweifachen Schichtwechsel gearbeitet. Die effektive Arbeitszeit beträgt demnach mindestens zehn Stunden.

Diese Arbeitszeit ist wiederholt Gegenstand tariflicher Verhandlungen gewesen und mit verbindlich erklärten Schiedssprüchen immer wieder in die alte Form festgelegt worden.

Die Regelung der Arbeitszeitfrage in Deutschland ist allgemein auf Grund des Ermächtigungsgesetzes auf dem Verordnungswege geregelt. (Verordnung vom 21. Dezember 1923 und Verordnung vom 14. April 1927.) Beide Verordnungen enthalten den für die Hüttenarbeiter besonders in Betracht kommenden § 7, wonach eine Ueberstreichung der achtstündigen Arbeitszeit für einzelne Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, nur zulässig sein soll, wenn die Ueberstreichung aus Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist, oder wenn sie sich in langjähriger Uebung als unbedenklich erwiesen hat, und eine halbe Stunde (also höchstens acht eine halbe Stunde täglich) nicht übersteigt.

In Verfolg dieser Verordnung ist seitens des Reichsarbeitsministeriums ein Verzeichnis herausgegeben worden, das diejenigen Arbeiter benennt, die unter den Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu stellen sind. Hierzu gehören u. a. auch die Arbeiter in den Hochöfen, Thomas-, Martin- und Walzwerken.

Der Reichswirtschaftsrat erhielt seitens des Reichsarbeitsministers den Auftrag, dieses Verzeichnis bezüglich seiner Durchführbarkeit in technischer und wirtschaftlicher Beziehung als auch bezüglich der Notwendigkeit vom Gesichtspunkt der gesundheitlichen Schädigung der Arbeiter zu prüfen und zu begutachten. Auf Grund eines vorläufigen Gutachtens ist die Verordnung über die Arbeitszeit in den Hoheöfen und Hochöfenanlagen vom 21. Dezember 1923 und die Verordnung für die Arbeiter in den Martin-, Thomas-, Bessemer-, Elektro- und Tiegelstahlwerken sowie Puddel- und Walzwerken vom 14. Juli 1927 erlassen worden, wonach die darin aufgeführten Arbeiter nicht länger als acht Stunden (höchstens achteinhalb Stunden) pro Tag arbeiten dürfen. Diese Verordnung für die Hoheöfen- und Hochöfenanlagen ist seit dem 1. April 1925 in Kraft, während die Verordnung für die anderen genannten Feuerbetriebe ab 1. Januar 1928 in Kraft gesetzt werden soll.

Um diese Verordnung geht zum großen Teil der wirtschaftliche Kampf; es handelt sich also seitens der Gewerkschaften nicht um eine Aufrollung der Arbeitszeit grundsätzlicher Natur, sondern um die Förderung der Inkrustierung einer Verordnung, die zum Schutze von Leben und Gesundheit der besonders benannten Arbeiter erlassen ist.

Daneben spielt die Lohnfrage insofern eine Rolle, als seitens der Gewerkschaften der bestehende und am Schluß dieses Jahres ablaufende Tarifvertrag ordnungsmäßig gekündigt und auf Grund der eingetretenen Teuerung eine entsprechende Lohnerhöhung verlangt wird. Außerdem ist der Lohnausgleich in Verbindung mit der geforderten Arbeitszeitverkürzung eine starkumstrittene Frage: Seitens der Arbeitgeber der gesamten deutschen Hüttenindustrie wird die Einführung der in der Verordnung vorgesehenen Arbeitszeit mit Begründungen, die hinreichend bekannt sind, abgelehnt. Es handelt sich offenbar seitens des Unternehmertums um die Austragung einer Machtfrage, die zum Teil als eine politische angesehen werden kann, man will die den Unternehmern verhasste Schlichtungsordnung beseitigen, in die soziale Gesetzgebung eine Breche legen. Ob durch das Eingreifen des Reichsarbeitsministers die Möglichkeit besteht, eine Verständigung zu erzielen, ist nicht zu ersehen. Ohne Zweifel ist eine Verständigung durch die Kampfmaßnahmen sehr erschwert.

Die Arbeiterschaft muß aus diesen Vorgängen ihre Lehren ziehen. Die Unternehmer würden diesen Kampf nicht wagen, wenn sie nicht in dem Heer der Unorganisierten eine Stütze fänden. Angesichts dieser Tatsache muß der Werbe- und Aufklärungsarbeit erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Einer geschlossenen Arbeitgeberfront muß eine geschlossene einige Arbeitnehmerschaft entgegengestellt werden, nur so ist es möglich, die Machtgelüste der Unternehmer erfolgreich abzuwehren.

Keine Teuerung?

„Ich dementiere Dir!“ So dachte wohl die Pressestelle, die einem Regierungsamt nahesteht, als sie zur bekannten Eingabe des Gewerkschaftsrings gegen die Verteuerung der Lebenshaltung ein Dementi an die deutsche Tagespresse herausbrachte, in welchem festgestellt werden sollte, daß von einer nennenswerten Verteuerung der Lebenshaltung gar nicht die Rede sein könne.

„Ich dementiere Dir!“ Genau so dachten auch die Redakteure verschiedener Branchenblätter, die die Interessen der ehrbaren Meister, der Semmelbäcker, des Kartoffelhandels zu vertreten haben. In beiden Fällen wird also dem deutschen Volk verkündet: Von einem Anziehen der Preise könne nur ein Unverantwortlicher sprechen, da die Lebenshaltungskosten eher sinken, als gehoben hätten. Da haben wir es also! Und das deutsche Volk wird diese Freudenbotschaft mit einiger Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen haben, da es nun reichs-offiziell und handwerklich-offiziell erfährt, daß wir weit davon entfernt seien, etwa im letzten Jahr eine Teuerungsbewegung erlebt zu haben!

Doch uns scheint, als ob die von der Teuerung vor allem so hart getroffenen Lohn- und Gehaltsempfänger etwas anders darüber denken. Na, daß sie diese Dementipolitik geradezu als einen Hohn auf ihre schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse empfinden müssen. In Prozenten versucht man uns in beispielloser Oberflächlichkeit nachzurechnen, daß entweder überhaupt keine Preissteigerungen eingetreten seien, oder für einzelne Produkte nur in solch geringem Umfang, daß die Preissteigerung kaum über 3—4 Prozent in den letzten 12 Monaten hinausgekommen wäre. Es erscheint doch notwendig, auf diese Täuschungsversuche ein wenig zu reagieren.

bleiben wir bei einigen Zahlen. Sie sprechen für Tatsachen! Wir wollen sie den beinahe verantwortungslosen Bemühungen der behördlichen Dementiermaschine gegenüberstellen. Dabei stellen wir, um es erst vergleichen zu können, die Preise einer Jahresspanne gegenüber: Der vom Oktober 1926 zu Oktober 1927. Aus der Fülle von tatsächlichem Material nur einige Auszüge:

Die **Herbstkartoffel**. Der Kleinverkaufspreis sei nicht gestiegen, eher niedriger geworden. So verkündet es mit „beneidenswerter“ Hemmungslosigkeit die behördliche Weisheit. Sehen wir zu:

Das Statistische Amt der Stadt Herne (Ruhr) stellt eine Preissteigerung um mehr als 10 Prozent fest; das Statistische Amt der Stadt Pforzheim in Baden eine Steigerung von sechs Mark auf sieben Mark den Zentner; also 17 Prozent! In Siegen in Westfalen wird eine Kartoffelpreisteigerung in gleicher Höhe festgestellt; in Berlin unterliegt der Kartoffelpreis starken Schwankungen, insbesondere ist er in den einzelnen Stadtbezirken von verschiedener Bewegung und Höhe. Immerhin auch sind's mehr als 20 Prozent. Elbing in Westpreußen meldet ebenfalls eine Steigerung um mehr als 20 Prozent! In Worms am Rhein stellt die städtische Indekskommission fest, daß der Kartoffelpreis von Mk. 5,50 auf Mk. 7,— gestiegen sei: also um mehr als 27 Prozent!

Doch wie meldet der Pressebericht: die Eingabe des Gewerkschaftsrings ginge von unrichtigen Voraussetzungen aus: „die Kartoffelpreise sind eher niedriger“. Wir vermuten, daß der Dementiapparat vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Bewegung gesetzt worden ist. Jawohl: „Ernährung“ heißt das. Es ist kein Irrtum. Bei alledem wollen wir noch vermerten, daß die Kartoffelpreisteigerung desher noch vor allem als ungeheuerlich bezeichnet werden muß, wenn man bedenkt, daß wir aber im Herbst des vorigen Jahres, angeblich der geringeren Ernte wegen, Rekordpreise für Kartoffeln hatten, die also in diesem Jahre noch erheblich übertroffen wurden!

Das Brot! Die Preise seien nur „etwas“ gestiegen. Allerdings wenn man sich damit zufrieden gibt, daß die Verteuerung des Brotes meist nicht durch Preiserhöhung, sondern durch die Gewichtsverminderung erfolgt. Also mit einem negativen Vorzeichen! Doch auch hier einige Zahlen, um das „etwas“ im amtlichen Dementi „etwas“ zu beleuchten: Die Inberkommmission der Stadt Worms stellt eine Steigerung des Kilo Roggenbrotes um etwa 13 Prozent, von 38 Pfennig auf 43 Pfennig, fest. Die Berliner Wirtschaftsbereiche registrieren eine Steigerung von 39 Pfennig auf 46 Pfennig, gleich einer Steigerung von 18 Prozent. In Kolberg in Pommern wird eine Steigerung um 33 Prozent, von 30 Pfennig auf 40 Pfennig, gemeldet. Wie sagte hier die amtliche Weisheit: nur „etwas“

Butter. Ist auch nur „etwas“ im Preis gestiegen. In Pforzheim das Kilo von Mk. 4,20 auf Mk. 4,80, um rund 15 Prozent, ebenso Stuttgart 15 Prozent, von Mk. 4,— auf Mk. 4,60. In Herne von Mk. 3,80 auf Mk. 4,60, also um mehr als 20 Prozent! In Swinemünde (Dillsee) von Mk. 3,80 auf Mk. 4,80, also um mehr als 25 Prozent! Nur „etwas“ teurer. Nur befürchten wir, daß sich der Lohn- und Gehaltsempfänger bei seinem knapp bemessenen Einkommen in all diesen Fällen nicht ganz der behördlichen Bescheidenheit in der Wertung des „etwas“ anschließen kann. Noch eins.

Rindfleisch. Darüber schweigt sich das „Dementi“ völlig aus. Wir wissen nicht, ob das Schweigen in diesem einen Fall als Zustimmung zu den Feststellungen der Eingabe des Gewerkschaftsrings gewertet werden kann. Immerhin: Das Statistische Amt der Stadt Berlin stellt eine Steigerung um mehr als 10 Prozent fest, desgleichen Kolberg. Worms aber sogar von Mk. 2,— auf Mk. 2,40; also um 20 Prozent! Augsburg meldet 30 prozentige Steigerung, von Mk. 2,— auf Mk. 2,60.

Trotzdem haben wir keine Teuerung. Nur der Gewerkschaftsring hat sie in seiner Eingabe festgestellt. So meint der Pressedienst, der dem Ministerium für „Ernährung“ und Landwirtschaft nahesteht. Er verkündet sogar mit nicht zu beneidender Selbstzufriedenheit, „die Preise für Zucker sind niedriger“. Das ist ein ganz übler, ja frivoler Täuschungsversuch, denn — hier unterläßt man hinzuzufügen, daß im Sommer dieses Jahres, anlässlich der Zuckerzollerhöhung, die Zuckersteuer um die Hälfte gesenkt wurde, was naturgemäß zu einer Verbilligung führen mußte, da die Zollerhöhung in geringerem Umfange erfolgte.

Energisch müssen wir dagegen protestieren, daß eine offenbar amtlich beeinflusste Pressestelle in der oben geschilderten Weise mit unwarhen „Berichtigungen“ der Eingabe einer großen gewerkschaftlichen Spitzenorganisation entgegenzuwirken versucht. Der Herr Reichskanzler hat demgegenüber in einer dankenswerten Mitteilung die „bedeutungsvollen Gesichtspunkte“ unserer Teuerungseingabe anerkannt, von denen er „mit besonderem Interesse Kenntnis genommen“ und deren Weiterbehandlung durch die zuständigen Ressortminister der Herr Reichskanzler Dr. Marx veranlaßt hat. Wir dürfen der Erwartung Ausdruck geben, daß seitens der Reichsregierung alles geschieht, um der unheilvollen Teuerungsbewegung Einhalt zu gebieten und dabei die Vorschläge und Forderungen beachtet werden, die der Gewerkschaftsring in seiner Teuerungseingabe formuliert hat.

Die Deutsche Bauausstellung als Lehr- und Forschungsinstitut.

Von Dr. Ing. Eduard Jobst Stebler, Professor an der Technischen Hochschule, Charlottenburg.

Die wirtschaftliche Tragweite der bevorstehenden großen deutschen Bauausstellung in Berlin ist ohne weiteres erkennbar. Nicht minder wichtig als die wirtschaftliche ist jedoch die kulturell-künstlerische sowie die wissenschaftliche Seite dieses Ausstellungsplanes.

Die Lösung der kulturellen Aufgabe erscheint durch die Mitarbeit des kürzlich gebildeten „Deutschen Kunstauschusses“ gesichert. Seine Pflicht wird es sein, die deutschen Künstler für die sich ergebenden mannigfachen Aufgaben heranzuziehen und den zu ihrer Lösung jeweils Befähigten herauszufinden. So steht zu hoffen, daß die hier vorliegende große baukünstlerische Gestaltungsaufgabe in ihrer Gesamtheit und in ihren Einzelteilen eine ihrem Ausmaße würdige künstlerische Lösung finden wird, die einen Markstein in der Entwicklung der deutschen Baukunst darstellen könnte.

Wie bereits erwähnt, besitzt die Deutsche Bauausstellung aber auch eine technisch-wissenschaftliche Bedeutung. Wir befinden uns in einer Zeit, in der man von einer Stagnation in der Bauindustrie nicht sprechen kann. Im Gegenteil: Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Bauweisen oder Baukonstruktionen angepriesen oder neue Baumaschinen und Geräte auf den Markt gebracht werden; Baustoffe, die auf ihre Güte nicht ohne weiteres geprüft werden können, Baumaschinen, die ihren Wert in Leistungsversuchen noch nicht erprobt haben.

Die Baustoffindustrie wie die Baumaschinenindustrie und ebenso die für sie arbeitende Maschinenindustrie brauchen eine Versuchsstelle, eine Forschungsstätte, die den Guten die Tore zum Absatz erschließt das Schlechte rechtzeitig zurückweist und die durch die Ergebnisse ihrer eigenen Forschungstätigkeit die nötigen Impulse und Anregungen für die technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung des Bauwesens gibt. Daneben erwachsen dieser Einrichtung mannigfache Aufgaben als Lehrinstitut. Selbst dem strebsamsten Techniker ist es heute nicht mehr möglich, bei dem Uebermaß technischer Neuerungen und bei dem Andrang neuer Baustoffe seine Kenntnisse auf der Höhe der Zeit zu halten. Da kann die Dauer-Bauausstellung, die alle Baustoffe wie auch die Möglichkeiten ihrer Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung zeigt, eine segensreiche Wirksamkeit entfalten, zumal sie gleichzeitig auch das ganze Gerät, das an den Arbeitsstellen des Hoch- und Tiefbaues gebraucht wird, in seiner Benutzung vorführen und alle Bauweisen und Baukonstruktionen in der Natur zur Darstellung bringen wird. Besonders bedeutsam ist, daß die Bauausstellung alles dies nicht nur einmal, sondern in einer Zeitfolge von mehreren Jahren zeigen will, also auch immer das Neueste vom Neuen vorführen wird.

So wird die Ausstellung ganz von selbst ein technisches Bildungsinstitut von außerordentlichem Ausmaß. Es erweist sich von ausschlaggebender Bedeutung, die in der Ausstellung liegenden Ausbildungsmöglichkeiten auch für alle am Bau beteiligten Berufskreise, vom Maurerlehrling und Handwerker bis zum bauleitenden Architekten und Ingenieur hinauf, nutzbar zu machen. Die Ausstellungsleitung wird die Möglichkeit, durch die Ausstellung befruchtend und bildend auf die Gesamtheit der deutschen bautechnischen Welt einzuwirken, nicht ungenutzt lassen. Aus den bisher vorliegenden Organisationsplänen geht deutlich hervor, mit welcher Entschlossenheit sich die Ausstellungsleitung bemühen wird, das Ausstellungsmaterial dauernd für die Allgemeinheit auszuwerten. So erscheint die Bauausstellung berufen, eine Lücke in der bisherigen Organisation unseres technischen Unterrichts zu schließen, eine Lücke, deren Vorhandensein von allen an der Entwicklung unseres niederen und höheren technischen Schulwesens interessierten Kreisen bitter empfunden wurde. Alle unsere Bauhöfen, Akademien und Technischen Hochschulen leiden nämlich unter der Tatsache, daß ihnen praktische Versuchsfelder und Lehrwerkstätten fehlen. Bisher mußten die Lehrlinge, Bautechniker, Architekten, und Ingenieure ihre praktische Ausbildung losgelöst von der Stätte, wo sie ihre theoretische Ausbildung erhalten hatten, in der Praxis selbst suchen. Die gegenseitige Befruchtung von Praxis und Theorie fehlte völlig. Dadurch ist das Bauwesen in seiner Weiterentwicklung zweifellos stark behindert worden.

Alle anderen Industriezweige haben sich längst eigene Forschungsstätten geschaffen, die im Interesse des technischen und auch des wirtschaftlichen Fortschrittes ihres Industriezweiges arbeiten. Nur die Bauindustrie hat dies bisher lediglich in sehr geringem Ausmaße getan, bedingt durch die in der Bauindustrie gegebenen Verhältnisse, wobei in erster Linie die im Bauwesen noch wesentlich vorherrschende handwerkliche Betriebsart den Ausschlag gibt.

Jetzt aber wird durch die ständige Ausstellung ein Institut errichtet, das nicht nur dem Bauwesen selbst zum Nutzen gereichen, sondern auch dem gesamten bautechnischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Fortschritt dienen und — ausgebaut durch namhafte Forscher und Lehrer — ein Forschungs- und Lehrinstitut von internationaler Bedeutung werden soll.

In diesem Institut können Bauhandwerker in Abend- und Sonntagskursen ihre Weiterbildung finden. Hier können die Besucher von Fach- und Baugewerkschulen ihr Wissen ergänzen. Hier können den Studierenden der Bauingenieur- und Architektur-Abteilungen der Technischen Hochschulen Einblicke in die Baustoffkunde, Baukonstruktion, überhaupt in die Baupraxis gegeben werden, die ihnen keine Hochschule der Welt sonst vermitteln könnte. Hier werden aber auch die Baubeamten des Staates und der Kommunen, die leitenden Angestellten der Privatwirtschaft, die freischaffenden Architekten und Ingenieure Anregungen empfangen können, die sich dann zum Nutzen des Gesamtfaches und dem der deutschen Wirtschaft überhaupt auswirken werden.

Voraussetzung hierfür ist, daß die organisatorischen Vorbereitungen für die Schaffung eines derartigen technischen Forschungs- und Lehrinstitutes im Wesensaufbau der Ausstellung eingeschlossen sind. Die Ausstellungsleitung wird nach dieser Richtung von sich aus alles Erforderliche tun, sie braucht aber zur Vollen Verwirklichung dieser Idee die bereitwillige Mitwirkung weitester Kreise und vor allem auch die tatkräftige Hilfe der zuständigen Stellen. Nur dann wird es gelingen, die in der großen Dauer-Bauausstellung gebotene, nie wiederkehrende Gelegenheit im Interesse der Entwicklung der deutschen Technik und damit auch im Interesse des gesamten deutschen Volkes voll auszunutzen.

Aus den Ortsvereinen.

Augsburg. Samstag, den 19. November hielt der Augsburger Ortsverein seine diesjährige Generalversammlung mit Neuwahl des Ausschusses ab. Die Wahl brachte ihre alte Vorstandschaft wieder an ihre alten Plätze. Zur großen Freude aller anwesenden Mitglieder war auch wieder mal unser werter Bezirksleiter Barnholt anwesend, welcher uns durch einen Vortrag über die Delegiertentagung in Berlin einen eingehenden und wertvollen Bericht erstattete. Nach den klaren Ausführungen des Vortragenden und dementsprechender Diskussion konnte unser Vorsitzender mit der Aufmunterung auf kräftige Mitarbeit aller Kollegen für die Zukunft die gut verlaufene Versammlung in später Stunde schließen.

Berlin VII. Der Ortsverein der Fabrik- und Modelltischler hielt am 3. Dezember d. J. seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich eines regen Besuches erfreute. Es erweckt den Anschein als ob der vorwärtstrebende Geist, welcher den Delegiertentag befeuerte, sich auch auf die einzelnen Ortsvereine überträgt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten begrüßte der Vorsitzende einen Jubilar unserer Bewegung, den Kollegen Franz Lammich, er dankte ihm für seine unerschütterliche Treue und rege Mitarbeit und überreichte ihm ein Stammbuch zur Erinnerung.

Alsdann berichtete Kollege Mühle über die Beschlüsse des letzten Delegiertentages. Derselbe hob besonders den einmütigen Willen der Delegierten hervor, der nur von dem Gedanken befeuert war, unsere Sache im fortschrittlichen Geiste vorwärts zu treiben. Die Aussprache über den Bericht war eine lebhaft, an der sich besonders die anwesenden Kollegen des Ortsvereins Berlin-Moro beteiligten. Die Stimmung war eine durchaus gehobene, jeder der Anwesenden hatte das Gefühl, es geht wieder aufwärts. Kollegen! Lassen wir diesen Geist weiter wirken, übertragen wir denselben auf die uns noch Fernstehenden, dann wird auch das Interesse für unsere Sache wieder geweckt werden und die durch die Nachkriegszeit, besonders durch die langandauernde Krise hervorgerufenen Schäden, werden wieder geheilt werden. W. Peter.

Elbing. Am 19. November d. J. hielt der Ortsverein in Elbing unter reger Beteiligung seiner Mitglieder seine diesjährige Generalversammlung ab, die Tagesordnung war eine überaus reichliche. Der von dem Vorsitzenden, Kollegen Matraun gegebene Bericht über unsern Delegiertentag wurde mit Beifall aufgenommen. In der überaus lebhaften Aussprache kam überall eine Befriedigung über die geschäftlichen Beschlüsse zum Ausdruck. Der anwesende Bezirksleiter Kollege M. ergänzte den Bericht und hob besonders hervor, daß die Mitglieder unbedingt darauf bedacht sein müssen, ihre Beiträge bis zum Ende dieses Jahres reiblos zu begleichen, da mit Beginn des neuen Jahres die alten Mitgliedsbücher eingezogen und neue ausgestellt werden. Der Punkt Vorstandswahl ergab folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Matraun, Schriftführer J. Bartisch, Kassierer M. Sch., als Beisitzer E. Jait und D. Neuwert.

Des Weiteren wurde beschlossen, eine Weihnachtsfeier mit Kinderbesuchung am 1. Weihnachtstages in anstehender Weise zu veranstalten. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 17. Dezember statt.

Köln. Die rege Teilnahme an unserer Generalversammlung gibt ein getreues Spiegelbild unserer inneren Arbeit. Die vom Delegiertentag gefassten Beschlüsse sind wahrhaft geeignet uns neue Waffen für die Wiedergeburt in die Hand zu geben. In den zahlreichen Besprechungen der letzten Zeit zeigen sich bereits die Auswirkungen, gehen wir erneut an die Arbeit, messen wir in edlem Wettstreit unsere Kräfte für unsere Sache. Vermeiden wir jede Mühseligkeit, üben wir dort sachliche Kritik wo sie angebracht ist, pflegen wir mehr wie bisher das kollegiale Zusammensein, ziehen wir mehr wie bisher unsere Frauen zu unseren Versammlungen, zu unseren Veranstaltungen hinzu, dann wird uns noch ein größerer Erfolg beschieden sein. W. Schulz.

Stettin. Am 26. November hatten wir die Freude, den Kollegen Hoffmann-Berlin in unserer Mitte begrüßen zu können. Derselbe hielt uns einen zeitgemäßen Vortrag über die Wirtschaftsverhältnisse und berichtete anschließend daran über die Beschlüsse des letzten Delegiertentages. Die Aussprache war eine überaus rege, wobei besonders auf die Stettiner Verhältnisse hingewiesen wurde. Auch hier haben die Kollegen, besonders auf der Vorkantone überaus schwere Zeiten durchgemacht und lassen die Arbeitsverhältnisse auf der West noch heute keine frohe Stimmung aufkommen. Das hat so manchen Kollegen mutlos gemacht und der Organisation entfremdet. Mit Recht wurde von einzelnen Rednern darauf hingewiesen, daß es dadurch nicht besser wird, wenn man sich von der Organisation entfernt, dadurch öffnet man dem Unternehmertum nur Tor und Türen. Ein fester Wille und die Macht der Organisation ist auch hier zur Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Kollegen! Der bessere Besuch der Versammlung hat gezeigt, daß nur das Interesse geweckt werden muß, um das Organisationsverhältnis wieder neu zu beleben. Es genügt nicht, wenn der Einzelne keine Beiträge bezahlt, er muß mitarbeiten, er muß regen Anteil nehmen an allen Vorgängen des Wirtschaftslebens. Die Beschlüsse des letzten Delegiertentages geben uns wieder neue

Waffen in die Hand, gebrauchen wir dieselben tüchtig, dann wird unsere Organisationsfähigkeit am Orte auch wieder Formen annehmen, die von jedem interessierten Kollegen gewünscht werden. Der Vorstand.

Literarisches.

Im Verlage des Gewerkschaftsvereins deutscher Metallarbeiter ist erschienen „Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ von U. Gieseler, 1. Vorsitzender der Gewerkschaften deutscher Metallarbeiter S.-D. M.D.M. Die 126 Seiten starke Schrift enthält außer einem Vorwort den Text des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 nebst Verordnung über Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 29. 9. 1927, die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 29. 9. 1927, die Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge vom 20. Februar 1928 mit den Änderungen vom 23. 9. 1927, ferner Erläuterungen, eine tabellarische Berechnungsgrundlage der Unterstützungssätze, sowie ein alphabetisches Sachregister usw.

Durch diese zusammenfassende Darstellung des gesamten Materials eignet sich das Buch vorzüglich zum Handgebrauch und wird somit ein unentbehrlicher Ratgeber für alle Arbeitnehmer. Der Preis der Broschüre beträgt M. 0,60. Bestellungen sind an das Verbandsbüro zu richten.

Die erschreckende Häufung der Unfälle

Spüren auch unsere Versicherungsgesellschaften. Wie oft erlebt z. B. unsere deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft, daß Arbeiter und Angestellte, die sich eben erst versichert hatten, den Tod durch Unfall erleiden. Wie segenreich wird dann die Auszahlung eines Sterbegeldes von den Hinterbliebenen empfinden! Nur zwei Fälle aus der Praxis:

Der Arbeiter Jos. A. hatte 58 Mark an Prämien gezahlt; er verunglückte tödlich. Seinen Hinterbliebenen wurden sofort 1000 Mk. Sterbegeld ausgezahlt! Der verunglückte Arbeiter Michael R. hatte 61 Mark an Prämien gezahlt. Seine Angehörigen erhielten ebenfalls sofort 1000 Mark ausgezahlt.

Wer für solche Fälle, die doch jedem passieren können, immer noch nicht vorgesorgt hat, der wende sich sofort an unsere Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft, Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähnelfstraße 15a. Gerade jetzt zum Weihnachtsfest empfiehlt sich eine Lebens- oder Sterbegeldversicherungs-Police als vorteilhaftestes Geschenk für sich und seine Lieben, als Schutz vor den Wechselfällen des Lebens. Unsere Verbandsbüros teilen die nächste Bezirksgeschäftsstelle unserer Deutschen Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft gern mit.

**Schenke zu Weihnachten nichts Überflüssiges,
sondern Notwendiges!**

Notwendig ist die Fürsorge für die Deinen!

Wende Dich an unsere

**Deutsche Lebensversicherung, Gemeinnützige
Aktien-Gesellschaft.**

Die Anschrift ihres nächsten Vertreters erfährst Du durch das Verbandsbüro

Sprechmaschinen in allen Preislagen

Lieferung überallhin bei geringer Anzahlung,

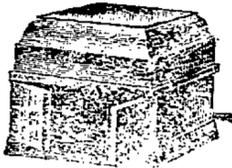
Rest gegen bequeme

Wochen-Raten von 1.— Mark an

Spielwaren in großer Auswahl

„Hannibal“-Gesellschaft, Halle-S. 310.

Katalog gratis und franko.



Sprechmaschinen-Zubehör

Laufwerke, Plattenteller, Tonarme, Schallboxen

und alle Bestandteile.

C. W. Loske, Hamburg 13, Schröderstraße 2.